

eingereicht wurde und darauf ausgerichtet ist, „etwaige Räumungsmaßnahmen gegenüber der „Wagengruppe Zomia“ auszusetzen, bis eine politische Lösung für diese gefunden ist.“

Verhandlungen laufen unterdessen mit dem rot-grünen Bezirk Altona. **Die Wagenbewohner_innen sind einer akzeptablen Alternative gegenüber offen, auch in einem anderen Stadtteil**, werden aber nach eigener Aussage nicht gehen, wenn diese nicht geboten wird. Die Basis für eine solche Alternative ist ein ausreichender innerstädtischer Platz für alle Wagen ohne direkte Nachbarschaft, wie mir erklärt wird. Am liebsten würden sie jedoch in Wilhelmsburg bleiben.

Gleich am Eingang zu der Lichtung steht ein Holzaufsteller, auf dem Plakate kleben, die zu Veranstaltungen auf dem Platz einladen. In einem Kreis um eine Feuerstelle mit Holzbänken herum stehen die liebevoll ausgebauten Bauwagen und Busse. Auf der rechten Seite vor dem Zirkel gibt es einen großen Gemeinschaftswagen, der, besonders im Winter und bei schlechtem Wetter, für Plena genutzt wird. Auf einem Holzbrett davor steht eine Reihe Blumentöpfe mit verschiedenen Kräutern. Wenige Meter davon entfernt eine Feuertonne, die mit ausgesägten Sternen verziert ist.

Grund der ständigen Räumungsgefahr gibt es hier zwar noch keinen Sanitärwagen mit fließendem Wasser- und Abwassersystem, wie auf den anderen Hamburger Plätzen. Doch dieser Umstand sorgt auch mit dafür, dass die Zomianer alle sehr bewusst mit ihrem täglichen Verbrauch von Wasser umgehen, so ein Bewohner. Dieses holen sie in Kanistern von Freund_innen aus dem Viertel, wo auch einige von ihnen zum Duschen hingehen. Andere waschen sich in ihren Wagen. Sie benutzen teilweise Regenwasser aus einer Wassertonne zum Spülen und wollen diese Möglichkeit noch weiter ausbauen.

Im Moment fehlt auf Grund der drohenden Räumung jedoch etwas die Kraft für weitere Projekte. Alles läuft auf Sparflamme. Auch der geplante Gemüsegarten eines Bewohners. Ein selbstgebautes Kompostklo, das in seinem äußeren Erscheinungsbild einem Hochsitz ähnelt und nur über eine Leiter erreichbar ist, ermöglicht auch größere Geschäfte. Diese werden mit Sägespänen oder Humus bedeckt und fallen auf ein Gitter, durch das nach einigen Monaten Kompost in eine Schale fällt, der dann direkt in die Natur gegeben werden kann. Die Flüssigkeit, die schon beim Toilettengang durch ein extra Auffangbecken

Holz für 70,-/80,- Euro verbraucht und kamen mit einer einzigen Brennholzlieferrung aus. Gegenwärtig bekommen sie sogar von einem bekannten Zimmermann von einer Baustelle unbehandelte Holzreste geschenkt, wie mir berichtet wurde. **Dies entspricht ebenfalls ihrem „Hintergrund“**, indem es heißt, „(...) Wir wollen Ansätze solidarischer Ökonomie ausprobieren, unkommerzielle Kultur ermöglichen. Raum schaffen für solidarischen Zusammenhalt, möglichst fern von Rassismus, Egoismus, Sexismus, Militarismus und anderen Formen von hierarchischer Machtausübung und Diskriminierung, die wir alltäglich erleben.“

Im ökologisch-autonomen Sinne wird der Strom durch Solarmodule gewonnen, die sich auf allen Dächern der Wohngefahrten befinden. Einer der Bewohner ist gerade dabei Alu-Leisten herzustellen, mit denen er ein solches Solarmodul auf seinem Wagen festschrauben will. Es soll bei einer möglicherweise bevorstehenden Räumung nicht vom Dach fallen.

L.L

Die Petition, die Vollzugsmaßnahmen auszusetzen bis eine politische Lösung

★ Lokalberichte Hamburg

22. Jahrgang
€1 24.11.11 Nr.

23

antifaschistisch

antiimperialistisch

antikapitalistisch

c 2022

...n sich deutlich

Winter im Sommer mit einem Kubikmeter

metag!

MILITÄR & GESELLSCHAFT

Ein Deserteursdenkmal am Kriegsklotz?

In Hamburg mahnt ein „Bündnis für ein Deserteursdenkmal“ seit Sommer 2010 „ein dauerhaftes Gedenken und eine dauerhafte Stätte der Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz an.“ Zum Ort für diese „dauerhafte Stätte“ äußert sich das „Bündnis“ eindeutig: „Kein Platz ist für ein Deserteursdenkmal geeigneter als am 76er Kriegerdenkmal am Stephansplatz.“ (<http://www.niqel.de/Deserteur/index.htm>; auf dieser Seite werden auch die Bünd-

nispartner im einzelnen genannt.)

Der 1936 errichtete Kriegsklotz erinnert bekanntlich in kriegsverherrlichender Weise an die toten Soldaten des Ersten Weltkriegs und trägt die provozierende Inschrift: „Deutschland muss leben, auch wenn wir sterben müssen.“

Durch die Aktivitäten dieses Bündnisses (vor allem verschiedene Verhüllungsaktionen – zweimal wurde die Folie abgerissen –, verbunden mit Lesungen, Theaterauf-

führungen, Musik und Ansprachen) ist das Thema „Deserteure der Wehrmacht“ in Hamburg wieder an die Öffentlichkeit gebracht worden. Sie sind als Hintergrund zu sehen für die von der Evangelischen Akademie der Nordelbischen Kirche und von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme durchgeführte Veranstaltungswoche „Aufklärung und Protest – Erinnern an die Opfer und Täter des Krieges“ (12. bis 19.11).

Umso befremdlicher, dass auf dem Podi-

um der Veranstaltung „Kriegerdenkmal und Gegendenkmal am Stephansplatz – ein Ort für das in Hamburg fehlende Deserteursdenkmal?“ (14.11.) die Initiative nicht vertreten, ihr Gestaltungsvorschlag für die Umgestaltung des Kriegsklotzes jedoch als Illustration für das Faltblatt mit dem Veranstaltungsprogramm (mit dem Herkunftshinweis: „privat“) verwendet worden war. Auf diesen Faux-pas hingewiesen, entschuldigte sich der hierfür Verantwortliche bei René Senenko vom „Bündnis“.

Die geschilderten Missklänge sind deswegen umso bedauerlicher, weil die Podiumsdiskussion ein erfreuliches, dazu auch noch unerwartetes Ergebnis gebracht hatte: Die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, die in der Reihenfolge des Alphabets zu Wort gekommen waren (Andreas Wankum von der CDU, Thomas-Söhnke Kluth von der FDP, Anja Hajduk von der GAL, Norbert Hackbusch von der Linken, Christel Oldenburg von der SPD) hatten sich dafür ausgesprochen,

- dass in Hamburg ein Denkmal für die Deserteure der Wehrmacht errichtet werden sollte,
- dass dieses die Funktion eines Gegendenkmal zum Kriegsklotz haben sollte und dass dabei auch Veränderungen am Kriegsklotz vorgenommen werden dürfen bzw. sollten.

Hierbei kam es zu bemerkenswerten Äußerungen. Von diesen sollen nur drei genannt werden:

- Christel Oldenburg, die sich als Schlussrednerin der ersten Podiumsrunde erstaunt über die Einigkeit auf dem Podium zeigte, übte indirekt Selbstkritik an ihrer Partei und berichtete, dass die SPD erst in den 90er Jahren ein positives Verhältnis zu den Wehrmachtsdeserteuren aufgebaut habe.
- Unangenehm reflexhaft äußerte darauf

hin Anja Hajduk, sie wolle aber nun die Differenzen diskutieren. Opposition ist öffentlich etwas, das nach längerer Regierungsbeziehung erst wieder gelernt werden muss.

– Kluth kennzeichnete zunächst seinen Beitrag als mit der Partei nicht abgesprochen und zitierte dann zur Begründung seiner dann vorgetragenen Privatmeinung Bertolt Brecht: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Außerdem äußerte er, am liebsten würde er die kriegsverherrlichende Inschrift entfernen lassen, distanzierte sich dann aber gleich wieder von dieser Absicht, die er als „hilflos“ bezeichnete.

Allein Reinhard Soltau (FDP) – ehemals für kurze Zeit Bildungssenator, der als Landesvorsitzender des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge redete, wandte sich gegen den Standort am Stephansplatz und sprach sich stattdessen für ein Denkmal am Strafgerichtsgebäude sowie – auf Nachfrage – dagegen aus, am Kriegsklotz Veränderungen vorzunehmen. Es stellte sich nachträglich heraus, dass der Volksbund eingeladen worden war, um es möglichst allen Parteien zu erleichtern, sich für ein Deserteursdenkmal auszusprechen. Der Gedanke muss folgender gewesen sein: Wenn sich schon der Volksbund an der Debatte beteiligt, könnt ihr es euren Mitgliedern vermitteln, dass ihr euch positiv äußert. Dass der Volksbund eine abweichende Meinung vertre-

ten würde, war sicher absehbar, widersprach aber der geschilderten Absicht offenbar nicht. Außerdem wurde dadurch, dass der Landesvorsitzende eine nicht völlig ablehnende, sondern eine eingeschränkt zustimmende Meinung vertreten würde, die Möglichkeit eröffnet, dass gegenüber den dort vertretenen sehr viel kritischeren Positionen ein Zeichen gesetzt würde.

Die Kehrseite dieses „Spiels über die Bande“ war dann, dass das „Bündnis für ein Deserteursdenkmal“ politisch nicht mehr auf das Podium passte. Nur Eingeweihte konnten wissen, dass es über die „Mantelorganisation“ („Stiftung Hamburger Geschichtswerkstätten“) überhaupt zu den Mitveranstaltern gehörte. Die teilnehmenden Mitglieder saßen jedoch die gesamte Zeit über im Publikum.

Dass es nun auch im politischen Rahmen vorangehen dürfte, machte Norbert Hackbusch deutlich, der zugleich Vorsitzender des Kulturausschusses ist; er kündigte an, er werde auf dessen nächster Sitzung eine Expertenanhörung zum Thema vorschlagen.

Lothar Zieske



Umgestaltungsvorschlag 2011

Quelle: grafik senenko 2011

ANTIFASCHISMUS

Schweigemarsch zum Gedenken an die mindestens zehn Opfer der rassistisch motivierten Mordserie

Am 19.11.2011 fand ein Schweigemarsch mit rund 800 Teilnehmerinnen statt. Zahlreiche Organisationen, unter anderem TGH Türkische Gemeinde in Hamburg e.V., Unternehmer ohne Grenzen e.V. und Laut gegen Nazis e.V. hatten dazu aufgerufen.

In dem Aufruf hieß es: „Die Entsetzlichkeit dieser Morde ist vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und historischen Verantwortung umso niederschmetternder.“

Angesichts der Kontinuität terroristischer Aktivitäten von Rechtsextremisten

über Jahrzehnte, appellieren wir ausnahmslos an alle Bürgerinnen und Bürger dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten!“

Während der begleitenden Kundgebung wurden Ansprachen von Hüseyin Yilmaz, Türkische Gemeinde Hamburg, Uwe Grund, DGB, Traute Springer-Yakar,